

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 31 (1952)
Heft: 8-9

Titelseiten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

51. Jahrgang

August/September 1952

Heft 8/9

FRITZ BAUMANN

Sozialistische Finanzpolitik der nächsten Jahre

Mit ihrer Friedensopferinitiative hat die Sozialdemokratische Partei der Schweiz eine *gerechte* Sache vertreten. Daran ändert alles bürgerliche Zeter- und Mordgeschrei nichts. Man könnte höchstens einwenden, das dem schweizerischen Reichtum zugemutete Opfer zugunsten der Landesverteidigung sei zu bescheiden gewesen. Es ist erstaunlich, wie sonst aufgeschlossenen bürgerlichen Kreisen jedes Verständnis dafür fehlt, daß die privatrechtliche Eigentumsanhäufung der sittlichen Rechtfertigung entbehrt und daß deshalb auch der Weg der Besteuerung zur Abtragung der krassesten Unbilligkeiten beschritten werden darf und muß.

Die Friedensopferinitiative war auch *wirtschaftspolitisch* wohl am Platz. In Zeiten der Hochkonjunktur können Steuern leichter bezahlt werden, und sie sind geeignet, übersteigerte Konjunktur zu dämpfen. In solchen Zeiten soll der Staat auch die Mittel bereitstellen, um Kriseneinbrüche wirksam bekämpfen zu können. Jeder einigermaßen einsichtige bürgerliche Wirtschaftspolitiker hätte daher aus wirtschaftspolitischen Gründen die Friedensopferinitiative unterstützen müssen. Man merkte denn auch den ablehnenden Zeitungsartikeln der berufsmäßigen Klopffechter der kapitalistischen Kreise, der Redaktoren und Verbandssekretäre sehr wohl an, wie mühsam sie ihre Argumente gegen die Initiative zusammensuchen mußten.

Endlich war die Initiative auch *parteipolitisch* eine der besten Taten der Sozialdemokratischen Partei in den letzten Jahren: Ein Versuch, sich aus allzustarken Bindungen mit dem Bürgertum zu lösen und die Initiative in einer staatspolitisch außerordentlich wichtigen Frage an sich zu reißen.

Freilich mußte mit der Verwerfung der Initiative im ersten Anlauf gerechnet werden, vor allem weil die Zeit zu kurz war, um ihre Bedeutung in den der Arbeiterbewegung noch fernstehenden Kreisen genügend klarzumachen. Wenn die stärkste schweizerische Gewerkschaft sich für die Initiative so überzeugt eingesetzt hätte, wie nachher für den bundesrätlichen Vorschlag, so wäre das Abstimmungsverhältnis wohl noch besser gewesen. Aber das Endergebnis hätte sich dadurch kaum ändern lassen.